

# Zweimal Hannover : Bemerkungen zum Parteitag der SPD

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338687>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zweimal Hannover — Bemerkungen zum Parteitag der SPD

Zweifellos, alles ist in unserer Welt in schnellem Wandel begriffen. Selbst ein so altherwürdiges Gebäude, wie es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands darstellt, zeigte auf ihrem Parteitag in Hannover, wie sehr sich der Wandel aller Dinge auch im Parteileben bemerkbar macht, insbesondere im Vergleich mit dem Parteitag, den die gleiche Partei im gleichen Gebäude in Hannover vor 13 Jahren abgehalten hatte. 1960 verkündete Carlo Schmid den «Appell von Hannover», ein emphatisch stiliertes Dokument, das in der Forderung ausklang: «Darum muss Willy Brandt Bundeskanzler werden.»

Die Meinungen innerhalb der Partei waren damals und noch geraume Zeit danach geteilt, ob es richtig sei, in dieser Form einen Kanzlerkandidaten aufzustellen, und auch, ob man da die richtige Wahl getroffen habe. Schliesslich ging es ja um Parlamentswahlen und nicht um eine Kanzlerwahl. Es gab auch der Stimmen viele, die da meinten, der brillante Polit-Professor Carlo Schmid wäre weitaus der bessere Kandidat. Noch war die SPD trotz ihrer schon bald hundertjährigen Geschichte eine Minderheit im Bundestag, schien ihr das breite Publikum kaum die Fähigkeit der politischen Führung des Landes zuzutrauen.

Der Parteitag in Hannover 1973 sah ganz anders aus. Nicht nur die Machtverteilung im Parlament hatte sich gründlich gewandelt. Eine Regierungskoalition ist zustande gekommen, die nicht zuletzt Beständigkeit zeigt, weil die liberale FDP von 1973 ein völlig anderes Gesicht zeigt, als man es 1960 hätte erwarten können. Daher des Kanzlers Willy Brandt Mahnung, diese Koalition als eine Chance des politischen Schicksals in der Bundesrepublik anzuerkennen, an ihr festzuhalten. An sich bedurfte es dieser Mahnung nicht. Obwohl es nunmehr deutlich abgegrenzte Strömungen «links» und «rechts» in der SPD gibt, wurde die Frage der Regierungsallianz mit der FDP nicht aufgeworfen. Sie war gar keine Frage. Vom Wandel der Zeiten innerhalb der Partei hingegen waren alle Teilnehmer berührt. Vom Wandel der Zeiten in der Partei sprach auch der als Regierungschef und als Parteichef unbestrittene Willy Brandt. Die Umsetzung der Generationen hat diese Partei erneuert und gewandelt. Mehr als die Hälfte der Mitglieder von vor weniger als einem Jahrzehnt war verstorben, weit mehr aber waren neu hinzugekommen, und die Struktur dieser Mitgliedschaft hat sich nicht minder gewandelt. Weniger neue Mitglieder aus der Arbeiterschaft, mehr aus den Kreisen höherer oder akademischer Schulbildung. Das hat auch ein Problem der Sprache aufgeworfen, das der Vorsitzende ebenfalls mahnend erwähnte, nämlich in der Partei nicht allzu politologisch-akademisch zu reden.

Der Wandel der Zeit aber drückte sich von Hannover bis Hannover auch durch eine stark veränderte Bewusstseinslage der Delegierten aus. Man ist seit 1960 bewusster politisch geworden, viel weniger bereit, autoritative Meinungen unbesehen hinzunehmen. Es gibt keine Fraktionen in der SPD. Aber es gibt heute als solche definierbare Strömungen in der Organisation und in den öffentlichen Körperschaften, in denen die SPD vertreten ist. Die Gruppe der allzusehr auf konservative Routine ausgerichteten «Kanalarbeiter» – ein Spitzname – in der Bundestagsfraktion ist nicht mehr unbestritten. In der neuen Fraktion gibt es seit den Wahlen im November 1972 einen betont «links» gedachten «Leverkuser Kreis», der Strategie und Zielvorstellungen diskutiert und bei dem sich der grosse alte Mann Herbert Wehner als Gast nach dem Parteitag angesagt hat. Von den «Kanalarbeitern» purzelten zwei prominente Mitglieder bei der Vorstandswahl vom angestammten Sessel, Egon Franke und die als Parlamentspräsidentin unbestritten tüchtige Annemarie Renger. Linke Vertreter kamen neu in diesen Vorstand, einschliesslich des Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten Wolfgang Roth. Der einstige Kündler des «Appells von Hannover», Carlo Schmid, brachte es nicht mehr auf die erforderliche Stimmenzahl für den Vorstand. Der Schub der Jungen ist unverkennbar, und alte Verdienste werden mehr theoretisch als meritorisch anerkannt, mitunter nicht einmal dies. Willy Brandt, der einige Mühe hatte, den durch seine Tätigkeit im Bereich der parteieigenen – als solche allerdings kaum erkennbaren – Presse unbeliebt gewordenen Schatzmeister Alfred Nau nach einer Abstimmungsniederlage doch noch in den Vorstand zu lancieren, dachte sich ad hoc ein Trostpflaster aus. Es wird ein Seniorenrat gebildet, dem verdiente alte Funktionäre angehören und der sich gutachtlich äussern soll.

Düstere Prognosen der Presse über die kommende Radikalisierung der SPD, gelegentlich durch einen Marx-Kopf mit feuerrotem Haupt- und Barthaar illustriert, fehlten vor Beginn der Tagung nicht. Bei gegnerischen Politikern, wie dem bayerischen Franz Josef Strauss, war das interessierte Propaganda, bei anderen eine gewisse Unsicherheit, die vielfältigen Diskussionen innerhalb der SPD zu deuten. Da gab es beispielsweise das «Langzeitprogramm», das eigentlich gar nicht so heisst, sondern ein Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik für kommende Jahre sein soll. Unter dem Vorsitz und massgebenden Einfluss von Hellmut Schmidt, dem Finanzminister, ist der erste Entwurf dieses Orientierungsrahmens ein überaus umfängliches Werk, in dem vielerlei Fakten und einige programmatische Gesichtspunkte zusammengetragen wurden. Von Anfang an für diesen Parteitag nur zur ersten Lesung bestimmt, hat dieses Dokument sehr eingehende Diskussionen in den verschiedenen Gliederungen der Partei ausgelöst. Nicht weniger als 283 Anträge waren zu diesem Thema gestellt worden, und das waren zu einem grossen Teil nicht einfache Ergänzungs- oder Änderungsanträge. Lebhaft kritisiert wurde

das Fehlen einer gesellschaftspolitischen Analyse, wobei allerdings vielfach der alte Marx den jungen, antragsfreudigen Genossen über die Schultern geguckt hatte. Es geht nicht zuletzt darum, wie der wachsenden Konzentration im – privatwirtschaftlichen – Bereich des Wirtschaftslebens begegnet werden kann oder soll. Von der Linken kam auch das Wort «Vergesellschaftung», das durch einige Debatten geisterte. Es fehlte jedoch ein Ansatz der Konkretisierung, was, warum und wie etwa vergesellschaftet werden soll. Im Godesberger Programm, auf das oft und gerne Bezug genommen wurde, steht allerdings, dass «freie Konsumwahl, freie Arbeitsplatzwahl, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative» wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik seien. Aber es spricht ebenfalls vom ständig sich verstärkenden Konzentrationsprozess der Grossunternehmen, von der Bändigung der Macht der Grosswirtschaft und vom Gemeineigentum, das eine legitime öffentliche Kontrolle darstelle. So konnte es nicht ausbleiben, dass – die Bundesrepublik gehört ja schliesslich zur EG – von gemeinwirtschaftlichen Beispielen ausserhalb der Grenzen die Rede war.

Doch diese Thematik wurde nicht ausdiskutiert. Einige Beschlüsse nahmen unmittelbar Bezug auf den Grundton antikapitalistischer Stimmung, der zweifelsfrei durch die Reihen der SPD geht. So wurde gefordert, dass die paritätische Mitbestimmung für Grossunternehmen, wie sie von der SPD seit Jahren verlangt wird, noch in dieser Legislaturperiode Gesetz werden müsse, obwohl jedermann weiss, dass hier der Koalitionspartner FDP Schwierigkeiten macht. Nicht unbeträchtlichen Raum nahm die Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft für Vermögensbildung ein. Hier sind keine Schwierigkeiten mit der FDP zu befürchten. Danach sollen grosse Unternehmen Anteile in einen Fonds einbringen, der wiederum Anteilszertifikate an Arbeitnehmer zur Bildung eines «Vermögens» auf längere Sicht ausgeben wird. Der Einwände gab es da allerdings nicht wenige. Damit ist ein nicht unwesentlicher Teil aus dem Orientierungsrahmen herausgelöst, dessen übrige Themen in einer neu zu bildenden Kommission bis zum folgenden Parteitag weiterberaten werden sollen. Die seit geraumer Zeit zur Diskussion stehenden Probleme einer Bodenreform sollen durch eine rigorose Besteuerung des Wertzuwachses und durch eine Aufteilung des Eigentumbegriffes an Grund und Boden in «Nutzungs- und Verfügungseigentum» zur Begrenzung der bisher grenzenlos ausufernden Bodenspekulation führen. Die Stimmung der Delegierten kam bei dieser Beratung in sehr drastischer Weise zum Ausdruck, als ein Antrag die Mehrheit fand, der anstelle der privaten Makler nur noch die kommunale Vermittlung von Wohnungen, gemietet oder als Eigentum, sowie von Grund und Boden zulassen will. Der Widerspruch fehlte nicht. Angeblich würde ein solches Gemeindemonopol dem Artikel 12 des Grundgesetzes widersprechen, der allen Deutschen das Recht zuspricht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Frage wird

wohl akademischer Streit bleiben. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass die Freien Demokraten den Maklerberuf abschaffen würden, liegt unter dem Nullpunkt. Immerhin ist diese Beschlussfassung überaus symptomatisch für ein zunehmendes Streben in der Partei, entscheidende Fragen mit Entschiedenheit zu behandeln. Auf der gleichen Linie liegt ein Beschluss, die umstrittene Handhabung einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder über die Einstellung sogenannter Radikaler in den Staatsdienst im Sinne einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu präzisieren. Die bloße Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen Partei genügt nicht mehr, um jemand den Eintritt in den oder die Ausbildung im Staatsdienst zu verweigern.

Wenn irgendwer Auseinandersetzungen mit den Jungsozialisten erwartet hatte, so wurde er in Hannover enttäuscht. Die Jusos waren anwesend und aktiv, bekannten sich aber in jedem Fall zur Einheit der Partei. Ihr Vokabular war weit weniger denn vordem auf die Linie «alles oder nichts» in der sozialistischen Zielsetzung eingestellt. So lässt sich wohl zu Hannover 1973 sagen, dass geistige Lebendigkeit und Stärke politischen Durchsetzungswillens das Kennzeichen dieser Tagung waren.

---

Die Tatsache aber, dass es in der Bundesrepublik in der Wohnungsfrage aufkeimende Massenbewegungen gibt, bietet gleichzeitig die Möglichkeit der Ventilsprennung und der Durchsetzung von Reformen, die die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft («soziale Marktwirtschaft») erreichen und in Perspektive zu ihrer Überwindung beitragen können.

Herbert Brunner zum SPD-Parteitag in Hannover  
in «Neues Forum», Mai 1973

---